



**An den Grossen Rat**

JD/P071724

Basel, 7. November 2007

Regierungsratsbeschluss  
vom 6. November 2007

**Ausgabenbericht**

**bereffend der Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform  
für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Begehren</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Begründung</b>	<b>3</b>
<b>3.</b>	<b>Vorgehen</b>	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>Kosten</b>	<b>5</b>
<b>5.</b>	<b>Antrag</b>	<b>6</b>

## 1. Begehren

Mit diesem Ausgabenbericht betreffend der Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt beantragen wir Ihnen, zulasten des Objektkredites 410005000000, einen Kredit von CHF 670'000 für die Jahre 2007 und 2008 zu bewilligen.

## 2. Begründung

### 2.1 Anliegen und Ziele der Optimierungen im Bewilligungswesen

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Projektes Regierung und Verwaltung 2009 (RV09) die Umsetzung verschiedener Massnahmen zur Optimierung des Bewilligungswesens des Kantons Basel-Stadt beschlossen. Die angestrebten Änderungen sollen sowohl für die Bevölkerung wie auch die Verwaltung spürbare Verbesserungen bringen. Angestrebt werden insbesondere:

- die verbesserte Einbindung von verwaltungsinternen und externen Akteurinnen und Akteuren in das System.
- die Gewährleistung eines umfassenden Informationsstandes für alle Beteiligten zu jedem Zeitpunkt vor, während und nach einem Bewilligungsverfahren.
- die Speicherung und Zugänglichmachung der Bewilligungsdaten für alle Verwaltungseinheiten.
- die Entlastung der Verwaltung und der Bevölkerung durch Streichung oder Vereinfachung von Bewilligungsverfahren.

Voraussetzung für die Umsetzung dieser Zielsetzungen ist die Einrichtung eines elektronischen Daten- und Workflowmanagements, das alle wesentlichen Bewilligungsverfahren und alle damit befassten Dienststellen einbezieht.

### 2.2 Einrichtung einer zentralen elektronischen Bewilligungsplattform

Heute wird in den einzelnen Fachstellen des Bewilligungswesens eine Vielzahl von Fachapplikationen angewandt. Die Reduktion dieser Fachapplikationen auf eine Lösung für die gesamte Verwaltung erscheint weder sinnvoll noch mit vernünftigem Aufwand möglich. Vielmehr sollen die angestrebten Ziele mit der Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform im Sinne einer Klammerlösung erreicht werden.

Die Bewilligungsplattform soll gemäss einer Vorstudie der Zentralen Informatikdienststelle (ZID) alle wesentlichen Anforderungen, die an ein zeitgemässes Daten- und Workflowmanagement gestellt werden, vereinigen. Auf der Bewilligungsplattform können Bewilligungsdaten aus verschiedenen Fachsystemen in einem zentralen Datenbestand gesammelt werden. Der Bewilligungs-Datenbestand kann damit für alle Dienststellen und Ämter im Intranet zu Informationszwecken erschlossen werden. Für den Verwaltungsvollzug sind Bewilligungsdaten in der richtigen Qualität, Form und Menge umfassend abrufbar. Der Sachbearbeiter kann via Intranet und der Kunde via Internet über diese Plattform einzelne Bewilligungsprozesse

selbst anstossen und deren Abwicklung verfolgen. Anhand von Bewilligungsdaten und den ausgeführten Prozessschritten aus den Fachsystemen wird die Bewilligungsplattform in die Lage versetzt, sowohl die Kundschaft als auch die Verwaltung über den aktuellen Stand von Bewilligungsprozessen zu informieren. (In der Vorstudie sind alle Funktionalitäten in ihren Interdependenzen detailliert aufgeführt.)

Die Bewilligungsplattform wird im Rahmen des Projekts Bewilligungswesen an die Fachanwendungen BBG, CMI Konsul und Avedris angebunden. Es sind dies heute in der Verwaltung angewandten Softwarelösungen, mit denen heute ein grosser Teil der Bewilligungsverfahren abgewickelt werden. Bei Bedarf und Eignung können diese Anwendungen von weiteren Dienststellen übernommen werden.

### 3. Vorgehen

Die komplexe departementsübergreifende Anlage der Optimierung des Bewilligungswesens sowie die vielschichtigen Interdependenzen zwischen den einzelnen Massnahmen machen es erforderlich, den Soll-Zustand im Bewilligungswesen über eine Reihe von Prototypen anzusteuern, die sich schrittweise zum Optimalzustand entwickeln. Damit kann sichergestellt werden, dass die Massnahmen optimal auf die gesetzten Ziele ausgerichtet und die involvierten Verwaltungsstellen möglichst aktiv einbezogen werden können.

Die Entwicklung der Bewilligungsplattform erfolgt diesem Prototypenverfahren entsprechend in vier Schritten. Die vier vorgesehenen Prototypen der Bewilligungsplattform werden in einer aktiven Testumgebung entwickelt und können somit unter Einbezug aller Beteiligten getestet, auf ihre Tauglichkeit hin geprüft und bei Bedarf angepasst werden. Während der Entwicklungsphase wird ein Betriebskonzept erarbeitet, in welchem von der Integration der Bewilligungsplattform in die reale Betriebsumgebung über die Überwachung der Anwendung und der Datensicherung bis hin zur internen Verrechnung der Betriebskosten sämtliche betrieblichen Belange definiert sind.

Durch die Schaffung der Bewilligungsplattform werden sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Kundenseite (Private und Firmen) neue, heute noch nicht bekannte Bedürfnisse bei der Abwicklung von Bewilligungsverfahren entstehen. Diese Bedürfnisse werden sich konkret insbesondere in der Weiterentwicklung und Anbindung von Fachapplikationen manifestieren.

Die Entwicklung der Bewilligungsplattform soll durch die ZID erfolgen, die eine grosse Erfahrung in solchen verwaltungsspezifischen IT-Lösungen aufweist. Die ZID hat bereits in früheren Projekten und im Rahmen von egolab (E-Government - Laborversuch) fundiertes technisches Wissen zur Realisierung solcher komplexer Applikationen aufgebaut. Damit wird sichergestellt, dass die relevanten technischen Vorgaben, insbesondere die technischen Richtlinien E-Government eingehalten und technisch zuverlässig umgesetzt werden.

In diesem Rahmen wird sichergestellt, dass die realisierte Plattform später einmal für weitere E-Government-Prozesse (nicht nur Bewilligungsprozesse) genutzt werden kann und beliebige Fachanwendungen, deren Schnittstellen den Vorgaben der Informatikkonferenz entsprechen, an diese angeschlossen werden können.

## 4. Kosten

Die Kosten für die Entwicklung und den Aufbau der Bewilligungsplattform unterteilen sich in die folgenden 4 Bereiche: (1) Entwicklung der Bewilligungsplattform, (2) Anpassung der Fachapplikationen, (3) Ausbau des Belegungsplanes, (4) externes Controlling.

(1) Zur Entwicklung der Bewilligungsplattform hat die ZID eine detaillierte Offerte unterbreitet, welche folgenden Ressourcenbedarf ausweist:

Leistungen der ZID	CHF 267'000
Externe Leistungen	CHF 138'000
Lizenzkosten für die Betriebsumgebung	CHF 90'000

**Total Entwicklungskosten Plattform** **CHF 495'000**

(2) Nebst dem Aufbau der Bewilligungsplattform sind Anpassungen und Erweiterungen an den zu integrierenden Fachanwendungen erforderlich, damit diese mit der Bewilligungsplattform in geeigneter Weise interagieren können. Aufgrund eines vom Teilprojekt Bewilligungswesen in Zusammenarbeit mit der ZID erarbeiteten Kriterien- und Anforderungskataloges konnten der Anpassungsbedarf für die einzelnen Fachapplikationen definiert und die entsprechenden Kostenfolgen festgelegt werden.

**Total Anpassungskosten der drei Fachanwendungen** **CHF 135'000**

(3) Zur Abwicklung der in Meldeverfahren umzuwandelnden temporären Bewilligungen der Allmendverwaltung sind Anpassungen am bestehenden Belegungsplan erforderlich.

**Kosten Ausbau Belegungsplan** **CHF 10'000**

(4) Zur Kontrolle der fachlichen, finanziellen und zeitlichen Vorgaben des Projektes im Rahmen des vorgesehenen Prototypenverfahrens wird ein neutrales, projektexternes Controlling eingerichtet.

**Kosten projektexternes Controlling** **CHF 30'000**

**Total Projektkosten** **CHF 670'000**

## 5. Antrag

Mit der Realisierung der vorgehend dargestellten elektronischen Bewilligungsplattform wird im Verbund mit den weiteren Optimierungsmassnahmen die Grundlage für kundenfreundlichere und effizientere elektronische Behördengänge im Kanton Basel-Stadt gelegt.

Der vorliegende Ausgabenbericht wurde durch das Finanzdepartement gemäss § 55 des Finanzhaushaltsgesetzes geprüft.

Gestützt auf die obigen Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem nachstehenden Entwurf für einen Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel Stadt



Dr. Eva Herzog  
Präsidentin



Dr. Robert Heuss  
Staatsschreiber

## Grossratsbeschluss

[Hier Titel eingeben]

[Hier Untertitel eingeben]

(vom [Hier Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den oben stehenden Ausgabenbericht und in den Bericht Nr. [Hier Nummer des GRK-Berichts eingeben] der [Hier Nummer des GRK-Berichts eingeben], beschliesst:

://: Zur Realisierung des Projektes "Einrichtung einer zentralen elektronischen Plattform für das Bewilligungswesen des Kantons Basel-Stadt" wird ein Kredit von CHF 670'000 für die Jahre 2007 und 2008 (Position 410005000000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.